



TRAS Trinationaler Atomschutzverband  
ATPN Association Trinationale  
de Protection Nucléaire

## Resolution der Mitgliederversammlung von TRAS vom 23. Mai 2012

### TRAS fordert Zeitplan für die definitive Stilllegung von Fessenheim

Die in Freiburg i. Br. versammelten Mitglieder des Trinationalen Atomschutzverbands, welcher 106 Gemeinden, Städte und Landkreise, 63 Organisationen und Kirchgemeinden sowie Einzelpersonen vertritt und damit insgesamt rund eine Million Menschen aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz repräsentiert, gratulieren dem neuen französischen Präsidenten Francois Hollande zu seiner Wahl und richten einen dringenden Appell an ihn, an die französische Regierung unter Jean-Marc Ayrault, sowie an die französische Atomaufsicht (ASN).

In Erwägung,

- dass das Atomkraftwerk Fessenheim seit Jahren die Bevölkerung und die Behörden am Oberrhein mit Besorgnis und Angst erfüllt, weil es sich um das älteste Atomkraftwerk Frankreichs handelt, mit einer veralteten Bauweise, einem dünnen Betoncontainment, mit defekten Schweissnähten, ungenügend gesicherten Abklingbecken, mit einer fragwürdigen Sicherheitskultur und einer Häufung von Störfällen.
- dass dieses Atomkraftwerk in einer Erdbebengefährdungszone liegt und bei dessen Bau die nach heutigem Stand des Wissens und der Technik geltende Erdbebengefährdung nicht genügend berücksichtigt wurde.
- dass die bisher in Fessenheim vorgenommenen technischen Anpassungen nicht auf eine Neubeurteilung der Erdbebengefährdung, sondern bloss auf neue Berechnungen zurückgehen.
- dass ein wissenschaftlicher Nachweis der Erdbebensicherheit des AKW Fessenheim nach wie vor aussteht.
- dass ein Bruch des Rheinseitenkanals, z.B. als Folge eines Erdbebens, einen Ausfall der internen und externen Stromversorgung oder der Kühlwasserzufuhr und in der Folge den Ausfall der notwendigen Kühlung des Atomreaktors zur Folge haben könnte.
- dass dafür bis heute keine zufriedenstellenden Notfallpläne vorliegen und dass die französische Atomaufsicht selber feststellt, dass die bestehenden Notfallpläne nicht umsetzbar sind.
- dass die französische Atomaufsicht zugeben muss, dass ein Verlust der Strom- und Kühlmittelversorgung auch in Fessenheim innert weniger Stunden zu einer Beschädigung des Reaktorkerns führen würde.
- dass die EDF im Rahmen der Nach-Fukushima Stresstests nicht aufzuzeigen vermochte, wie in einem solchen Fall das AKW autonom versorgt werden könnte.
- dass nach jahrelanger Kritik die Atomaufsicht anerkennt, dass die nur 1.5 m dicke Bodenplatte des AKW Fessenheim bei einer Kernschmelze kaum Schutz bietet und völlig unklar ist, ob die von der Atomaufsicht verlangte Verstärkung der Bodenplatte und die von der EDF vorgeschlagene Lösung zu einer ausreichenden Verbesserung führen kann.
- dass die Vielzahl der Beanstandungen im Rahmen der 10-Jahresüberprüfung und der Nach-Fukushima Stresstests und die gegenüber dem Betreiber EDF verfügbaren Auflagen (die meisten ohne verbindliche Termine) unsere Kritik bestätigen, dass das AKW Fessenheim ein enormes Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellt.
- dass es äusserst bedenklich ist, wenn Personal, Apparaturen und Notfallsysteme für ein AKW im seismisch aktiven Oberrheingraben nicht genügend auf den Ernstfall vorbereitet sind, und dass ein solcher Ernstfall in der dichtbesiedelten Region eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmasses zur Folge hätte.

**In Erwägung all dieser Tatsachen fordern wir den neu gewählten Präsidenten Francois Hollande auf, sein Wahlkampfversprechen einzulösen und einen klaren Beschluss mit Zeitplan für die definitive Stilllegung des Atomkraftwerks in Fessenheim vorzulegen.** Dabei gestatten wir uns die Empfehlung, anstelle von teuren Nachrüstungen eine sofortige Schliessung zu verordnen und die dadurch frei werdenden Geldmittel für den Ausbau von erneuerbaren Energien und für die Verbesserung der Energieeffizienz zu verwenden, anstatt für Nachrüstungen, deren Aufwand angesichts der angekündigten Beendigung des Betriebs in keinem Verhältnis stehen.

Von der französischen Regierung erwarten wir, dass sie die seit Jahren geäusserte Kritik von unabhängigen französischen und Experten aus umliegenden Ländern zur Sicherheitslage in Fessenheim, sowie die zahllosen Forderungen von gewählten Volksvertretern nach einer Schliessung endlich ernst nimmt. Von der französischen Atomaufsicht schliesslich fordern wir, dass sie endlich entsprechende Konsequenzen aus den unerträglichen Sicherheitsrisiken zieht und die sofortige Schliessung von Fessenheim verfügt.